



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2696/2015**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 14.04.2015

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Elke Koch-Michel, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Konsequenzen aus der Entscheidung des Verwaltungsgerichts

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 13.04.2015 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung zieht Konsequenzen aus der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes zu nicht öffentlichen Beratungen und bittet den Magistrat zu prüfen, wie in Zukunft bei der Behandlung von Grundstücksgeschäften nur ausnahmsweise die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird.“

Begründung:

Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes sollte nunmehr über eine Veränderung der bisher fast ausschließlichen Praxis der nicht öffentlichen Behandlung von Angelegenheiten, wie z.B. Grundstücksangelegenheiten nachgedacht werden.

Elke Koch-Michel